



Wirtschaft
Technologie
Umwelt

Vorstand

Branchenreport



Heizungsindustrie 2010

Eine Branche, die sich den klimapolitischen Herausforderungen stellen muss

Impressum

Branchenreport Heizungsindustrie 2010

04 / 2010
25. Mai 2010

Autor:

Kerstin Warneke
Kerstin.warneke@igmetall.de

Gestaltung und Vertrieb:

Rosita Jany

Titelbild:

Viessmann, Fachreihe Heiztechniken für Neubauten

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
Wirtschaft, Technologie, Umwelt
D-60519 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (69) 6693 2341

Fax: +49 (69) 6693 80 2341

Mail: wi@igmetall.de

online www.igmetall.de/download

Inhaltsverzeichnis

Die Branche	5
Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft insgesamt und die Heizungsindustrie im Besonderen	6
Übertragungswege der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Heizungsindustrie	7
Die aktuelle konjunkturelle Lage der Heizungsindustrie	8
Die Heizungsindustrie: eine schrumpfende Branche im Strukturwandel	9
Wesentliche Einflussfaktoren des Strukturwandels	10
Beurteilung der staatlichen Förderpolitik	17
Industriepolitische Herausforderungen	18

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise brach im Jahr 2009 der Auslandsumsatz der Heizungsindustrie um vierzig Prozent ein. Dennoch kamen die Unternehmen der Branche vergleichsweise glimpflich davon. Denn anders als in vielen anderen Branchen hat die Inlandsnachfrage eine herausragende Bedeutung für die hier ansässige Produktion. Der Zusammenbruch der Auslandsnachfrage belastete die Heizungsbauer daher weniger als andere exportorientierte Branchen.

Die Entscheidungsträger und Betriebsräte von Unternehmen, aber auch Politiker und Interessenvertreter haben trotzdem keine Zeit, sich entspannt zurückzulehnen. Die Branche befindet sich mitten in einem klimapolitisch notwendigen Strukturwandel. Fossile Brennstoffe müssen durch Wärmeerzeuger, die wenig CO₂ erzeugen, ersetzt werden. Der Umstieg auf erneuerbare Energien im Bereich der Heizungstechnik kommt jedoch offensichtlich, gemessen an den klimapolitischen Herausforderungen, trotz staatlicher Eingriffe nicht ausreichend in Fahrt.

Die vorliegende wirtschaftliche Analyse basiert auf den Daten der Teilbranche „Herstellung von Heizkörpern und –kesseln für Zentralheizungen“ des Wirtschaftszweigs Metallserzeugnisse. Erfasst werden lediglich die wirtschaftlichen Aktivitäten von solchen Heizungsherstellern, die mit fossilen Brennstoffen betriebene Zentralheizungen produzieren. Die Heizungsindustrie in ihrer kompletten Bandbreite von Öl- und Gasbrennern über Biomasseheizungen, Solarthermie bis hin zu Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und Lüftungstechnik wird von der amtlichen Statistik nicht abgebildet.

Die Heizungsindustrie in 2009	
	Veränderung 2009 gegenüber 2008
Auftragseingang	
insgesamt	-18%
Inlandsaufträge	- 4%
Auslandsaufträge	-39%
Umsatz	
insgesamt	-21%
Inlandsumsatz	-13%
Auslandsumsatz	-40%
preisbereinigte Produktion	-22%
Beschäftigte	-17%
Anzahl	11.300
Stundenlohn	+ 9%
Produktivität	+ 1%
Lohnstückkosten	+ 8%

Quelle: Statistisches Bundesamt

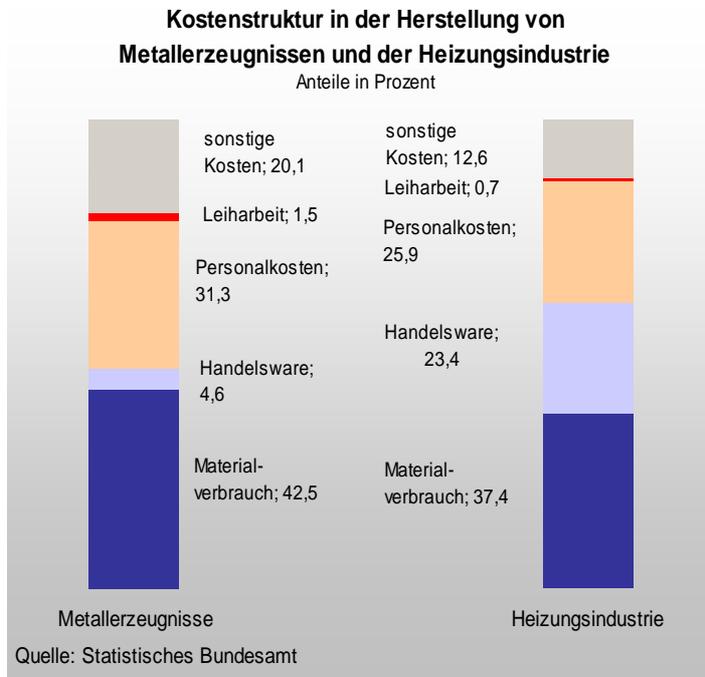
Die Branche

Die Heizungsindustrie gehört zur Gruppe der Unternehmen, die Metallserzeugnisse herstellen. Mit rund 11.300 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2009 handelt es sich um eine kleine Branche. Sie umfasst 11.300 Beschäftigte, das sind nur 0,2 Prozent der Arbeitsplätze in der Industrie. Auch im Vergleich zu anderen Metallserzeugnisse herstellenden Branchen ist die Heizungsindustrie vergleichsweise klein. Zwei Prozent der Beschäftigten und drei Prozent des Umsatzes der Branche „Herstellung von Metallserzeugnissen“ gehen auf die Teilbranche „Heizungsindustrie“ zurück.

Ein überdurchschnittlich großer Teil der Produktion wird nicht selber hergestellt, sondern fremd bezogen. Die eigene Wertschöpfung ist mit einem Anteil von zwanzig Prozent am gesamten Produktionswert im Vergleich zum gesamten Verarbeitenden

Gewerbe (28%), aber auch im Vergleich zur „Herstellung von Metallserzeugnissen“ (34%) gering. Die Hersteller von Heizungen kaufen viele fertige Erzeugnisse bei anderen Produzenten ein und vertreiben sie lediglich weiter. Der Anteil der Handelsware liegt daher bei vierundzwanzig Prozent. In der übergeordneten Gruppe „Herstellung von Metallserzeugnissen“ machen fremd zugekaufte Waren nur fünf Prozent der Kostenstruktur aus.

Absolute Zahlen zur Höhe der Leiharbeit in der Heizungsindustrie fehlen. Aus der Kostenstruktur der Branche kann man ableiten, dass Leiharbeit in der Heizungsindustrie im Vergleich zu anderen Branchen wenig verbreitet ist. Nur 2,6 Prozent der gesamten Personalkosten geben die Unternehmen der Heizungsindustrie für Leiharbeiter aus. Bei den Herstellern von Metallernzeugnissen betragen die Kosten für Leiharbeit dagegen 4,6 Prozent.



Problematisch für die Zukunftsfähigkeit der Branche ist die geringe Investitionsquote. Die Betriebe gaben in 2008 nur gut zwei Prozent des Umsatzes für Investitionen aus. Zur geringen Investitionsquote mag zwar auch die enge Abgrenzung der Branche beitragen. Denn Zukunftsfelder der Wärmetechnik wie Wärmepumpen oder Blockheizkraftwerke gehören nicht zum hier betrachteten Wirtschaftszweig. Dafür, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Produktpalette jedoch tatsächlich rar gesät sind, sprechen verschiedene Aussagen von Betriebsräten. Sie bemängeln, dass strategische Innovationen in ihrem Betrieb Mangelware seien. Es würde zu wenig für einen Umstieg auf eine neue Produktpalette getan.

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft insgesamt und die Heizungsindustrie im Besonderen

Vom durch Spekulanten ausgelösten weltweiten Wirtschaftszusammenbruch blieb auch die deutsche Volkswirtschaft nicht verschont. Die gesamtwirtschaftliche Produktion brach um fünf Prozent ein. Das war der größte Produktionsrückgang seit Kriegsende. Deutschland, dessen Ausfuhren seit der Wiedervereinigung im Schnitt jährlich um fast sechs Prozent wuchsen, exportierte letztes Jahr fast fünfzehn Prozent weniger als im Vorjahr.

Auch bei den Heizungsproduzenten brach die Auslandsnachfrage drastisch ein. Der Auslandsumsatz schrumpfte um vierzig Prozent. Das Inlandsgeschäft blieb rund dreizehn Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Die Produktion schrumpfte um rund ein Fünftel.

Im Gegensatz zu anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes kam es in der Heizungsindustrie bereits zum Jahresbeginn 2009 zu Entlassungen. Die Beschäftigung fiel sprunghaft um fast ein Fünftel. Die Unternehmen reagierten damit sehr schnell auf den sich zum Jahresende 2008 abzeichnenden Nachfragerückgang. Kurzarbeit, der Abbau von Zeitkonten und andere Flexibilisierungspuffer führten dazu, dass zusätzlich die Arbeitszeit je Beschäftigten um knapp acht Prozent (-7,7%) sank. Damit wurden 8,5 Prozent der Arbeitsplätze mit Hilfe von Kurzarbeit und anderen Arbeitszeitinstrumenten gesichert.

Die Unternehmen sahen sich dennoch mit steigenden Lohnstückkosten konfrontiert. Die Lohnstückkosten schnellten in Folge des Produktionsrückgangs um acht Prozent im Gesamtjahr in die Höhe. Zum Lohnstückkostenanstieg trugen auch die Erhöhung der Tariflöhne aufgrund des Tarifabschlusses von 2008 und die durch Kurzarbeit entstandenen Remanenzkosten bei.

Übertragungswege der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Heizungsindustrie

1. Ein wesentlicher Einflussfaktor für die rückläufige Nachfrage nach Heizungen war der Zusammenbruch des **Neubaus** von Wohnungen. In den europäischen Nachbarländern wurden über zwanzig Prozent weniger Neubauwohnungen als 2008 fertig gestellt. In Deutschland fiel der Rückgang im Vergleich dazu mit minus acht Prozent vergleichsweise moderat aus.

Hintergrundinformationen zum Zusammenbruch der Neubauaktivitäten...

... im Ausland:

- In Ländern mit überhitzten Immobilienmärkten wie Spanien, Portugal, Irland oder beispielsweise auch den USA fielen die Immobilienpreise ins Bodenlose. Immobilienbesitzer realisierten zum Teil deutliche Vermögensverluste. Das schränkte ihre finanziellen Spielräume und ihre Investitionsbereitschaft in Immobilien ein.
- Die Kreditvergabe der Banken wurde restriktiver. Während sie vor dem Ausbruch der Finanzkrise nahezu bedenkenlos preisgünstige Hypotheken zur Finanzierung von Immobilien zur Verfügung stellten, verlangen sie heute höhere Sicherheiten von ihren Kunden. Das durchschnittliche Zinsniveau für langfristige Kredite ist jedoch nach Ausbruch der Krise mit vier bis fünf Prozent günstig geblieben.
- Mit dem steigenden Arbeitsplatzrisiko und der ungewissen Einkommensentwicklung verschoben viele Haushalte ihre Neubaupläne in die Zukunft. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg in der EU innerhalb eines Jahres um zwei Prozentpunkte auf knapp neun Prozent in 2009. In den USA schnellte sie von 5,8 Prozent auf 9,3 Prozent in die Höhe.
- Die Nachfrage nach Wohnraum sank, weil die Zuwanderung in Folge der Wirtschaftskrise nachgelassen hatte. Hiervon sind besonders Irland und Spanien betroffen, wo das Bevölkerungswachstum 2008 noch bei zwei Prozent lag.

... in Deutschland:

- In Deutschland verlief der Rückgang im Vergleich zum Ausland moderater, weil der Wohnungsmarkt vor dem Ausbruch der Finanzkrise nicht überhitzt war. Die niedrigen Hypothekenzinsen wirkten stützend. Belastungsfaktoren waren jedoch die höheren Sicherheitsanforderungen der Banken an Private bei der Hypothekengabe und auch die steigende Arbeitsplatzunsicherheit.

2. Eine weitere wesentliche Ursache für das schleppende Geschäft der Heizungsindustrie ist die von dem Reseachinstitut Euroconstruct ermittelte abnehmende Bereitschaft der Konsumenten in Europa, innerhalb der nächsten zwölf Monate größere **Sanierungs- bzw. Renovierungsmaßnahmen** am Wohneigentum durchzuführen.

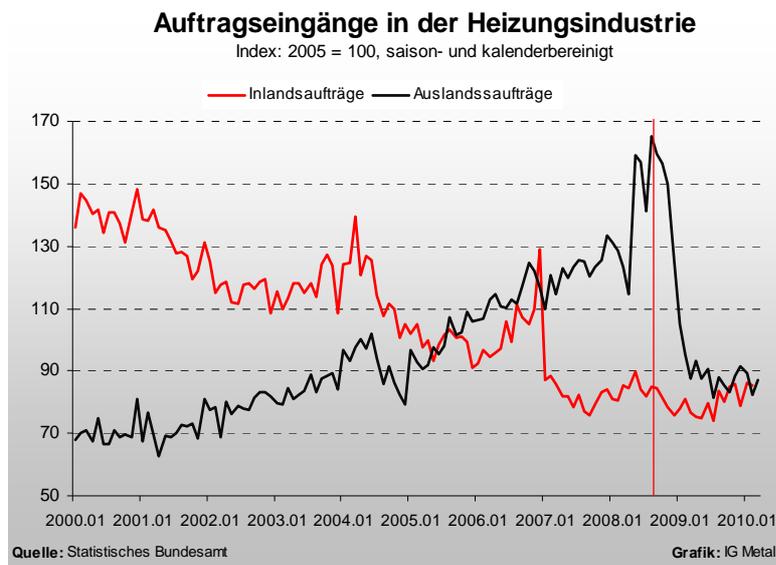
3. Zudem brach krisenbedingt in der EU auch die **gewerbliche Bautätigkeit** ein:

- Industrieunternehmen mieteten weniger Flächen und Büros an, weil ihre Produktion rückläufig war.
- Banken und Versicherungen benötigten ebenfalls weniger Büroraum, weil sie Personal abbauten.
- Die gewerblichen Neubauaktivitäten sanken, auch weil die Finanzierung in Folge der sinkenden Gewinne schwierig wurde. Die schlechte Ertragslage belastete zudem die Maßnahmen des gewerblichen Sektors am Gebäudebestand.

4. Um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzufedern, liefen in Deutschland 2009 Konjunkturprogramme zur Stützung der Nachfrage an. Ein wesentlicher Bestandteil waren Gelder für den öffentlichen Bau.

Die aktuelle konjunkturelle Lage der Heizungsindustrie

Der Tiefpunkt der Krise scheint in der Heizungsindustrie überwunden zu sein. Die Erholung im laufenden Jahr wird jedoch voraussichtlich schleppend verlaufen. Nachfrage, Produktion und Umsatz werden auch 2010 auf einem niedrigem Niveau verharren. Dafür spricht der kraftlose Verlauf der Inlandsbestellungen im ersten Quartal 2010 (+1,8% gegenüber dem Vorjahr) und der erneute Rückgang der Auslandsnachfrage (saisonbereinigt -5,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal und -14 Prozent gegenüber dem Vorjahr).



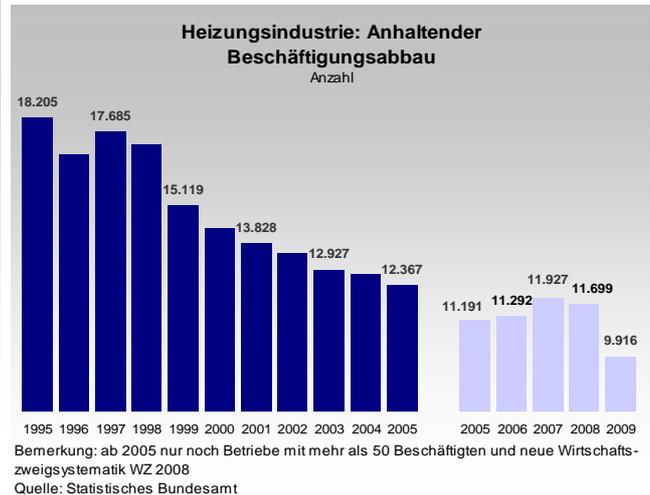
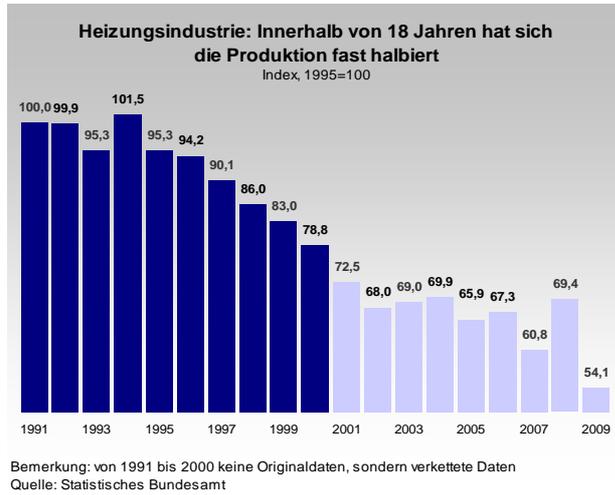
Auf eine nur langsame Erholung deuten auch andere wichtige Einflussfaktoren wie die voraussichtliche Entwicklung am Bau, die Höhe der Arbeitslosigkeit, die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte und die Ausgaben der öffentlichen Haushalte hin.

- Der Bau insgesamt soll in Deutschland nach den neuesten Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute 2010 kaum wachsen (+0,4%). Dieses Wachstum geht auf eine äußerst inhomogene Entwicklung der verschiedenen Teilbereiche des Baus zurück. Während der Wohnungsbau insbesondere aufgrund der niedrigen Zinsen leicht zunehmen wird (+1,1%), werden die Unternehmen ihre Bauaktivitäten wie schon im Vorjahr einschränken (-5,2%). Deutlich nach oben gerichtet wird dagegen der öffentliche Bau sein (+10,1%), weil die Konjunkturprogramme ihre größte Wirkung in 2010 entfalten werden.
- Nach den im Frühjahr veröffentlichten Prognosen von Euroconstruct werden Neubauaktivitäten im Wohnungsbau in den fünf wichtigsten Europäischen Ländern - neben Deutschland Spanien, Frankreich, Italien, Polen und Großbritannien - auch 2010 schrumpfen. Erst 2012 sollen die Wohnungsfertigstellungen in Europa insgesamt wieder zunehmen. Die Zahl der dann fertig gestellten Wohnungen soll jedoch ein Drittel geringer als vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2009 sein.
- Euroconstruct erwartet auch, dass der Bau im gewerblichen Bereich bis 2012 in Europa schrumpfen wird.
- Der Arbeitsmarkt hat sich in Deutschland zwar vergleichsweise stabil entwickelt. Im März ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um – 68.000 zurück. In der EU verharrte die Arbeitslosenquote zu Jahresbeginn jedoch auf 9,5 Prozent. Die OECD geht sogar von einem Anstieg auf 10,6 Prozent aus. Für die USA prognostiziert sie 9,9 Prozent.
- Die gegenwärtigen und zukünftigen Einkommensperspektiven der Privaten werden sich voraussichtlich in diesem Jahr nur unwesentlich verbessern. Laut der Frühjahrsprognose

der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in 2010 um 0,7 Prozent wachsen.

- Die öffentlichen Haushalte sind zudem in vielen Ländern auf einen Sparkurs eingeschwenkt, weil sie glauben, so ihre Haushalte am besten sanieren zu können.

Die Heizungsindustrie: eine schrumpfende Branche im Strukturwandel



Da die Produktion in der Heizungsindustrie seit Jahren schrumpft, ist zudem fraglich, ob das alte Produktionsniveau jemals wieder erreicht wird. 2009 war die Produktion nur noch etwa halb so groß wie 1995 (-43 %). Parallel zum Produktionsrückgang verlor rund die Hälfte der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz (- 46% bzw. -8.300 Beschäftigte). Der Umsatz entwickelte sich dagegen anders als Produktion und Beschäftigung positiv, wenn auch stark schwankend. Das war insbesondere deshalb möglich, weil die Unternehmen neben selbsterzeugten Waren und Dienstleistungen auch fremdbezogene Güter verkauften.



In der Heizungsindustrie stammt ein überdurchschnittlich großer Teil des Umsatzes (rund 25%) aus Verkaufserlösen mit sogenannter Handelsware. Jeder vierte Euro wird durch den Verkauf von Waren, die die heimischen Unternehmen nicht selber produziert haben, erwirtschaftet.

In Deutschland ansässige Unternehmen der Branche haben ihre Produktion stark danach ausgerichtet, was der einheimische Konsument

nachfragt. Das sind zur Zeit immer noch Zentralheizungen mit Brennwertechnik. Andere Wärmeerzeuger werden häufig zugekauft oder in einem ausländischen Unternehmensteil pro-

duziert. Diese Strategie mag kurzfristig betriebswirtschaftlich richtig sein, weil bei der Produktion höherer Stückzahlen Größenvorteile ausgenutzt werden können. Wenn Manager die Produktion jedoch zu stark an der gegenwärtigen Nachfrage ausrichten ohne auf Zukunftstrends zu achten, besteht die Gefahr, dass sie Neuentwicklungen verschlafen.

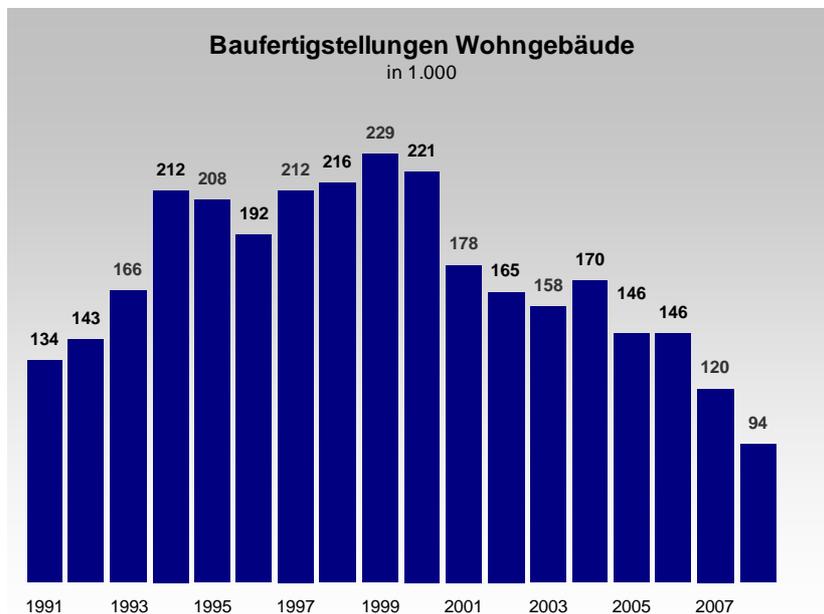
Wesentliche Einflussfaktoren des Strukturwandels

Motor des Strukturwandels sind im Wesentlichen die folgenden drei Faktoren:

1. die finanzielle Situation der privaten Haushalte,
 2. der gesellschaftliche Wandel und
 3. der drohende Klimawandel sowie die Verknappung fossiler Brennstoffe und der damit verbundene Preisanstieg.
- 1. Wer kein Geld hat oder „gerade mal eben so“ über die Runden kommt, oder wer fürchten muss, in der nächsten Zeit seinen Arbeitsplatz zu verlieren, kauft, baut oder saniert in der Regel keine Immobilien.**

Die schwache Baukonjunktur der letzten Jahrzehnte kommt nicht von irgendwo. Sie ist eine Konsequenz der anhaltenden Einkommens- und Vermögensumverteilung zu Lasten der privaten Haushalte. Die Bruttolöhne und –gehälter steigen immer wieder langsamer als Produktivität und Preise. Eine wesentliche Ursache hierfür ist, dass in Deutschland inzwischen ein großer Niedriglohnsektor aufgebaut wurde. Rund zwanzig Prozent der Beschäftigten erhalten in Deutschland für ihre Arbeit nur Niedriglöhne.

Fühlbar werden die negativen Auswirkungen der Einkommens- und Vermögensverteilung im Wohnungsbau etwa seit dem Jahr 2000.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Dass sie nicht schon früher negativ auf den Bau durchschlugen, lässt sich damit erklären, dass staatliche Wohnungsbauprogramme nach der Wiedervereinigung die Bauaktivitäten künstlich pushten.

Auch in naher Zukunft ist nicht mit steigenden Bauaktivitäten zu rechnen. Denn neben den sinkenden Neubautätigkeit geben seit einiger Zeit immer mehr der durch Euroconstruct regelmäßig befragten privaten Haushalte

an, keine größeren Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen am Wohneigentum vornehmen zu wollen.

Ergebnisse der EU-Konsumentenbefragung 1991–2009



Quelle: EU Consumer Survey; ifo Institut.

2. Weniger Menschen brauchen weniger Wohnungen. Die schrumpfende Bevölkerung wird sich daher negativ auf die Nachfrage nach Wohnungen auswirken.

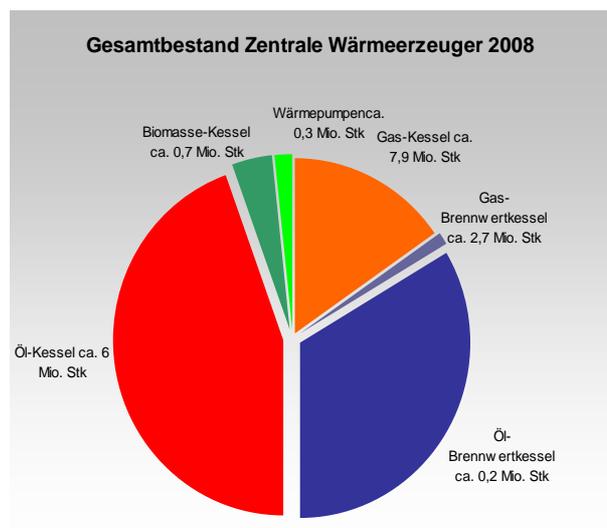
Verstärkt wird der negative Effekt des Bevölkerungsrückgangs in Deutschland noch dadurch, dass in den nächsten Jahrzehnten insbesondere die Gruppe der Personen im mittleren Lebensalter schrumpfen wird. Denn in dieser Altersgruppe sind die Bauaktivitäten überdurchschnittlich hoch. Weniger Dreißig- bis Fünfzigjährige ist daher gleich bedeutend mit weniger Neubau- und Sanierungsmaßnahmen.

Der zunehmende Trend zum Wohnen in der Stadt und zu Singlehaushalten beeinflusst daneben die Struktur des Wohnungsbaus. Die Bedeutung des Eigenheimbaus wird voraussichtlich schrumpfen. Der Mehrfamilienhausbau wird dagegen zunehmen. Werden Mehrfamilienhäuser auch in Zukunft zentral beheizt, dann beeinflusst der Trend zu Megacities und zu Singlehaushalten die Nachfrage nach Heizungen negativ.

3. Maßnahmen gegen den Klimawandel fördern den Absatz von moderner Heiztechnik



Quelle: BDH



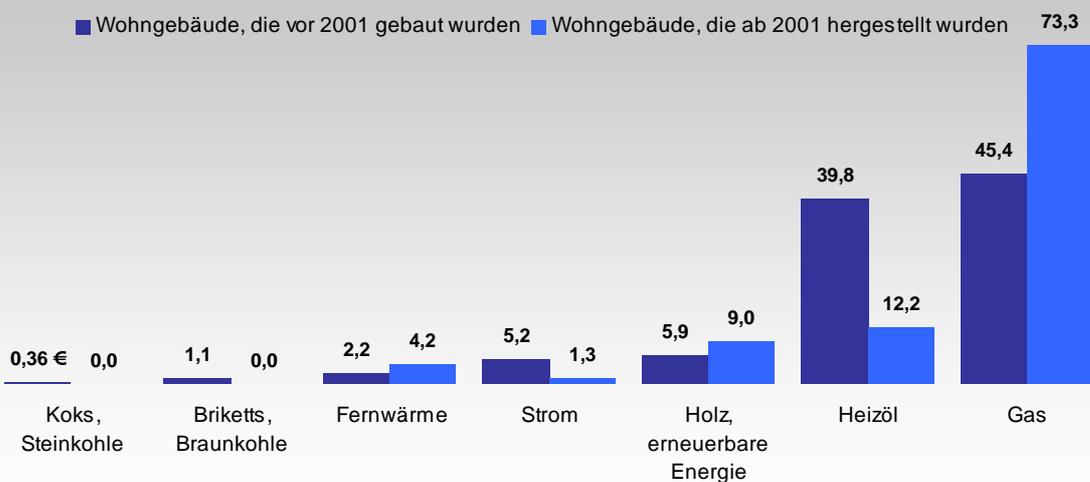
Quelle: BDH

In Deutschland wird noch sehr viel Energie zur Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser benötigt. Mehr als ein Drittel (34 %) des deutschen Primärenergieverbrauchs wird zum Heizen von Gebäuden und Wärmen von Wasser benötigt. Das ist deshalb so, weil 67 Prozent der 17,8 Millionen im Einsatz befindlichen Wärmeerzeuger veraltet sind. Deutsche Häuser werden vor allem durch Öl- und Gaskessel beheizt. Wärmepumpen und Biomassekessel sind eine Rarität.

In Neubauten werden zwar mittlerweile vermehrt effiziente Wärmeerzeuger eingebaut. Aber auch hier wird Wärme vor allem durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt.

Verwendete Heiztechniken in Wohngebäuden in Deutschland

Anteil in Prozent, 2006

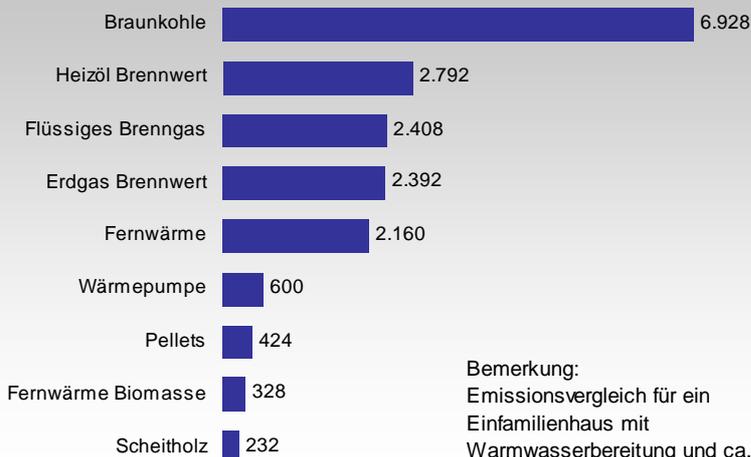


Quelle: Statistisches Bundesamt

Braun-, Steinkohle-, Heizöl-, Flüssiggas- oder Erdgasheizungen setzen jedoch deutlich mehr CO₂ frei als Heizungen, die erneuerbare Energiequellen nutzen.

Kohlendioxid-Emissionen verschiedener Heizsysteme

kg CO₂-Äquivalent / kWh



Quelle: GEMIS, Österreich

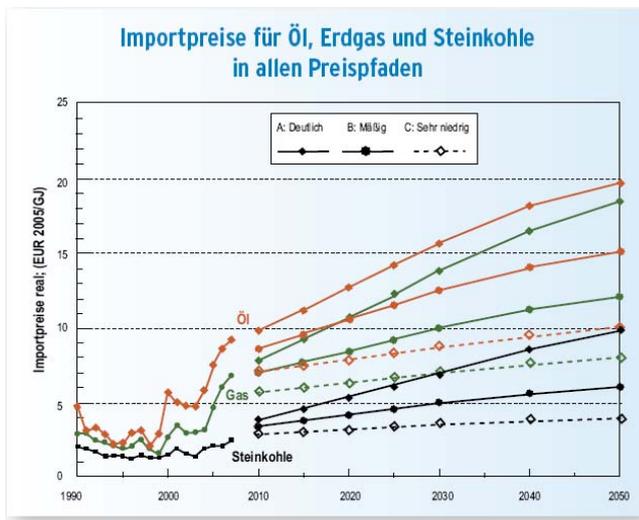
Bemerkung:
Emissionsvergleich für ein Einfamilienhaus mit Warmwasserbereitung und ca. 8 MWh Nutzwärmeverbrauch

Würden alle nicht effizienten Zentralheizungen durch klimaschonende Geräte ersetzt, könnte Energie eingespart werden und der Kohlendioxidausstoß würde gleichzeitig sinken, ohne dass jemand auf Komfort verzichten müsste. Wenn die alten Heizungen ersetzt würden, würde das der Industrie jede Menge neue Aufträge bescheren. 13,7 Mio. bis 15,5 Mio. Heizungen arbeiten mit veralteter Technik und sollten unter Klimaschutz-erwägungen dringend durch Wärmeerzeuger mit neuer

Technologie ersetzt werden. Die rückgängige Nachfrage nach Heizungen aufgrund der sinkenden Neubauaktivitäten könnte mehr als kompensiert werden.

Für die meisten Haushalte sind Umweltaspekte bei der Entscheidung, ob und wie die alte Heizung erneuert wird oder welche Heizung in den Neubau hinein kommt, jedoch offensichtlich zweitrangig. Sie schieben den Ersatz ihrer alten Heizung durch eine klimaeffiziente Anlage länger hinaus, als dies unter Umweltschutzaspekten wünschenswert ist, oder sie entscheiden sich beim Kauf einer Neuanlage nicht für das Ökomodell, sondern für eine billigere, umweltbelastendere Variante.

Ausschlaggebend für die Kaufentscheidung sind offensichtlich insbesondere die Höhe der Anschaffungskosten einer neuen Heizung und die eigenen finanziellen Möglichkeiten. Einsparpotenziale durch niedrigere laufende Heizkosten der Neuanlage im Vergleich zur alten Heizung wirken dagegen als Kaufanreiz. Angeschoben werden kann die Neuanschaffung auch durch staatliche finanzielle Hilfen, die die teure Anschaffung erleichtern.



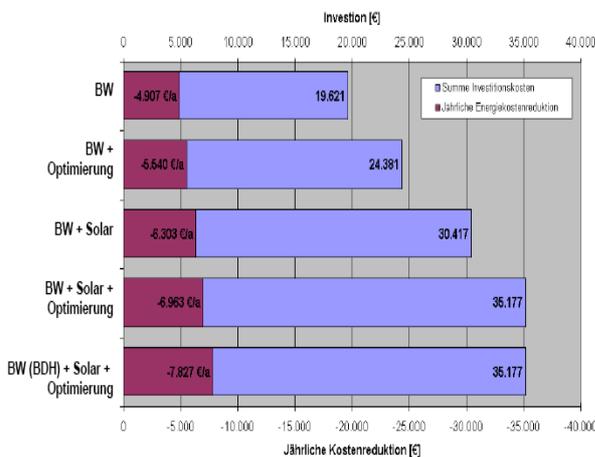
Quelle: BMU; Stand: Februar 2008 siehe Leitstudie 2008

Die Kostenexplosion für fossile Brennstoffe seit Ende des zwanzigsten Jahrhunderts hat zwar dazu geführt, dass sich die meisten Kunden für den Einbau eines Gas- oder Ölkessels mit Brennwerttechnik entschieden haben. Heiztechnologien, die nicht auf der Verbrennung fossiler Rohstoffe beruhen, haben jedoch auch heute noch so hohe Anschaffungskosten, dass sich ihre Anschaffung für den Kunden nicht rechnet.

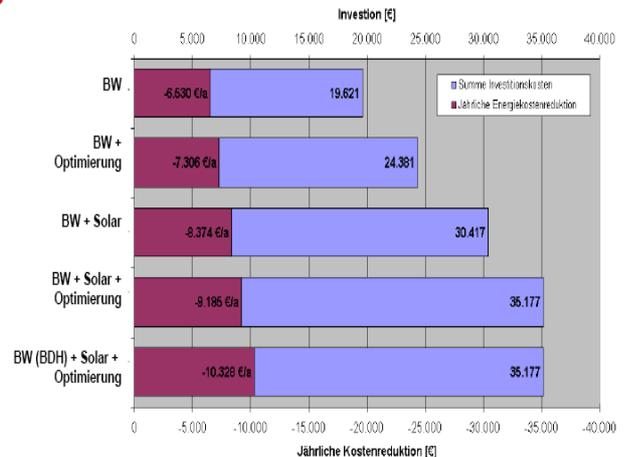
Wie Berechnungen des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH) zeigen, ist es preisgünstiger, einen herkömmlichen Gaskessel durch einen Gaskessel mit Brennwerttechnik ohne zusätzliche Solaranlage zu ersetzen.

Die Einsparmöglichkeiten kompensieren die höheren Investitionskosten zur Zeit noch nicht.

5.7 Variante Gaspreis 0,068 €/kWh



5.8 Variante Gaspreis 0,09 €/kWh



Von EON veröffentlichte Berechnungen zu den Heizkosten eines 3-Familien-Haushaltes belegen ebenfalls, dass alle neuen energetisch günstigen Heizsysteme deutlich teurer sind als eine um eine Solaranlage erweiterte Erdgasheizung mit Brennwerttechnik.



Der Markt führt also nicht zu einem ökologisch optimalen Ergebnis. Es liegt ein Fall von Marktversagen vor. Daher greift der Staat seit Jahren ein. Mit gesetzlichen Vorschriften, durch finanzielle Unterstützungen für den Kauf klimagerechter Heizungen und Dämmmaßnahmen und durch die Verbreitung von Informationen versucht der Staat, Bewegung in den Markt für Wärmeerzeuger zu bringen.

- Die deutsche und europäische Gesetzgebung hat zahlreiche Vorschriften erlassen, die die Verkaufsentscheidungen der Konsumenten in Richtung effizienter, ökologischer Heiztechnik erhöht haben und die gleichzeitig Druck auf die Produzenten ausüben, in die Fertigung innovativer Heizsysteme zu investieren.

Beispiele für Gesetze, die den Markt für Heizsysteme beeinflussen:

- ➔ **Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)**
Gesetz zum Schutz vor **schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnlichen Vorgängen**
ist das **bedeutende praxisrelevanteste Regelwerk des Umweltrechts**
 - ➔ **Neufassung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002)**
Bis zum 31. Dezember 2018 müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass **alle neu gebauten Gebäude so viel Energie erzeugen wie sie gleichzeitig verbrauchen**.
Die Mitgliedstaaten sollen schon jetzt nationale Pläne entwickeln, um die Zahl der „Netto-Nullenergiegebäude“ zu erhöhen
 - ➔ **Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG)**
Schreibt dem Bauherren von Neubauten vor, einen **Anteil der Wärme mit umweltschonenden Energiequellen** zu produzieren
Ziel: 14 Prozent erneuerbare Wärme bis 2020 (z.Z. 6%)
 - ➔ **Energieeinsparverordnung (EnEV):**
gültig seit 01.01.2002
Neubauten müssen den Niedrigenergiestandard (71-Haus) erfüllen
Bei umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen am Altbau müssen anlagentechnische Maßnahmen ins Auge gefasst werden müssen
Durch Umsetzung der EU-Richtlinie 2002/91/EG in Nationales Recht muss jetzt bei Eigentümerwechsel ein Energieausweis des Gebäudes ausgestellt werden
-
- ➔ **Wirkungsgradrichtlinie (Boiler Efficiency Directive)**
stellt Anforderungen hinsichtlich der Effizienz von Heizkesseln
 - ➔ **Rahmenrichtlinie Eco Design Requirements for Energy Using Products**
stellt Anforderungen an alle Energie verbrauchenden Geräte
 - ➔ **EU-Energiedienstleistungsrichtlinie 2003/739/EG**
Fördert die Energieeffizienz. Innerhalb von 6 Jahren sollen kumulative Einsparziele von 1% erreicht werden
 - ➔ **Energy Label** auch für Energieverbrauchseinrichtungen von der Kommission angestrebt

- Parallel dazu gibt es eine Vielzahl bundesweiter und regionaler finanzieller Förderprogramme die den Umstieg auf effizientere Heizsysteme erleichtern.

1. Bundesweite Programme

1.1 KfW-Programme

- Förderprogramme für Privatpersonen
 - Energieeffizientes Bauen
Förderung vom Bau oder Kauf von Effizienzhäusern und Passivhäusern
 - Energieeffizientes Sanieren
Förderung von energieeffizientem Sanieren
 - KfW-Wohneigentumsprogramm
 - Wohnraum Modernisieren
 - KfW-Programm Erneuerbare Energien
- Förderprogramme für gewerbliche Unternehmen
- Förderprogramme für Kommunen

1.2 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

- **Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien**
(zentrales und bewährtes Steuerungsinstrument: für jeden ausgeschütteten Euro werden acht investiert)
Investitionszuschüsse für
 - Solaranlagen
 - Wärmepumpen
 - Biomasse-Anlagen
- **Mini-KWK-Zuschuss**
Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bis 50 KW
- **Abwrackprämie beim Austausch alter Heizkessel gegen eine neue solarunterstützte Brennwert- oder Pelletheizung**
400 Euro
Förderung verlängert bis zum 31.12.2010

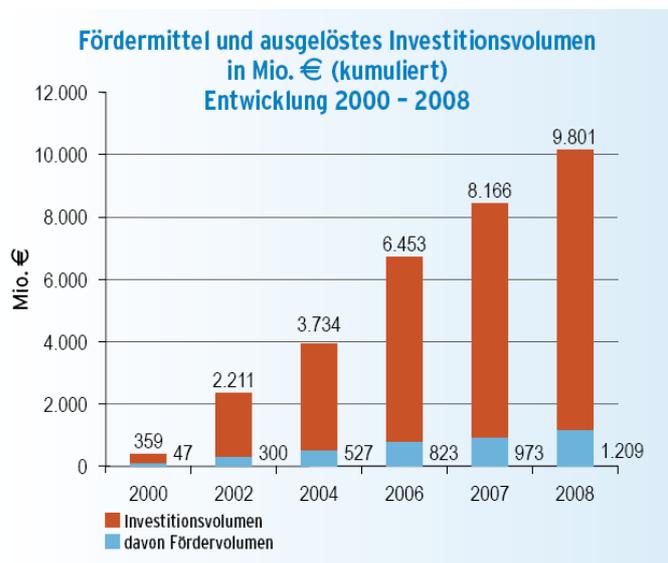
2. Programme der Bundesländer, Kommunen und Energieversorger

- Ziel: Förderung von Energieeinsparungen bei Heizungsenergie und Wasser
- in den Wohnungsbauämtern der Kreis- oder Stadtverwaltung zu sehen

3. Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (Beispiele)

- **Fünftes Energieforschungsprogramm „Innovation und neue Energietechnologie**
Für Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit Sitz in Deutschland
Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten z.B. im Bereich
 - Photovoltaik
 - Technologien und Verfahren für energieoptimiertes Bauen
 Bezuschusst werden bei gewerblichen U. bis zu 50% der FuE-Aufwendungen
- **Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien**
Für Unternehmen, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit Sitz in Deutschland
Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten z.B. im Bereich
 - Photovoltaik
 - Niedertemperatur-Solarthermie
 - Geothermie
 Zuschuss für Unternehmen von bis zu 50% der projektbezogenen Kosten

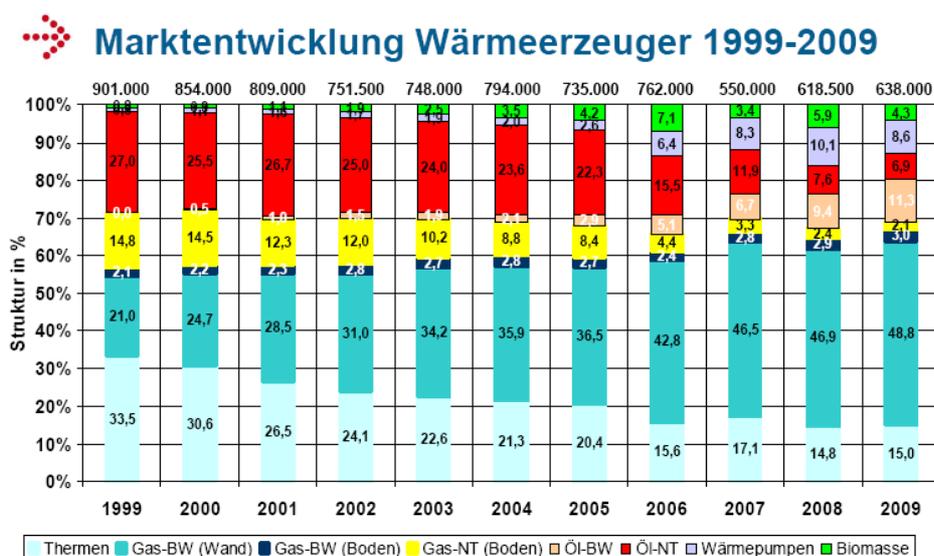
Nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Umwelt ist die finanzielle Förderung des Staates ausgesprochen erfolgreich. Ein Euro Fördermittel löst zehn mal so große Investitionen aus.



Quelle: BMU KI III 2; Stand: Januar 2009

Obwohl der Staat die richtigen Schritte in die Wege geleitet hat und die Förderung Erfolge zeigt, sind noch immer viele Heizungen veraltet. Energie wird vergeudet, unnötiges CO₂ produziert. Der Umstieg auf energieeffiziente Heizsysteme erfolgt trotz Förderung in kleinen Schritten. Das ist schlecht für die Umwelt. Das ist aber auch schlecht für die Zukunftsfähigkeit des Produktionsstandortes Heizungsindustrie.

- Gas hat als Energieträger zwar das inzwischen deutlich teurere Öl abgelöst.
- Energieeffizienter arbeitende Brennwertkessel haben außerdem die Niedertemperaturtechnik fast völlig verdrängt. Brennwerttechnik ist inzwischen Standard.
- Der Marktanteil von Wärmepumpen und Biomassekesseln verdoppelte sich zwar in 2005, verharrt aber seit geraumer Zeit bei einem Marktanteil von etwa 13 bis 16 Prozent.



Beurteilung der staatlichen Förderpolitik

Der potenzielle Markt für neue Heizungen in Deutschland ist hoch. Die Neubautätigkeit stagniert zwar seit mehreren Jahren, und auch für die Zukunft ist mit keiner durchgreifenden Belebung zu rechnen. In Deutschland steht jedoch der Ersatz mehrerer Millionen alter Zentralheizungen an.

Weil es klimapolitisch notwendig ist, den Austausch der alten Heizungen nicht auf die lange Bank zu schieben, ist der Staat seit Jahren mit finanziellen Förderprogrammen, Gesetzen und Informationen aktiv geworden. Nach Angaben der Bundesvereinigung Bauwirtschaft steht Deutschland an der Spitze der europäischen Anstrengungen zur Energieeinsparung im Gebäudebereich. „Dies hat dazu geführt, dass seit 1990 der Energiebedarf der Haushalte um rund zweiundzwanzig Prozent zurückgegangen ist“, schreibt die Bundesvereinigung in einer Presseinformation vom Februar 2010. Mit Hilfe der staatlichen Maßnahmen ist insbesondere der Umstieg auf Brennwerttechnik gelungen. Wärmedämmung spielt heute eine große Rolle. Briketts, Braunkohle, Koks und Steinkohle wird heute so gut wie nicht mehr zum Beheizen von Gebäuden verwendet. Neuere zukunftsweisende, CO₂-freie Technologien wie Wärmepumpen, Blockheizkraftwerke oder beispielsweise Solarthermie sind jedoch kaum verbreitet. Um den Klimaschutz voran zu bringen und den Anteil CO₂-armer Heiztechnologien zu fördern, brauchen Konsumenten und Manager in Unternehmen offensichtlich noch klarere Signale von der Politik.

- Trotz Vorschriften, Förderung und Aufklärung sind immer noch mehrere Millionen im Einsatz befindliche Zentralheizungen veraltet. Sie erzeugen unnötiges Kohlendioxid und

verbrauchen zu viel Energie. Die Besitzer dieser Häuser müssen aktiviert werden, ihre Heizung gegen eine möglichst ökologische und effiziente Heizanlage auszutauschen.

- Weil CO₂-freie Technologien wie Wärmepumpen trotz Förderung sehr viel teurer sind als die zwar schon energieeffiziente, aber dennoch Kohlendioxid verursachende Brennwerttechnik, muss die Politik die Förderung und die gesetzlichen Rahmenbedingungen so umbauen, dass Unternehmen ihr Produktionsprogramm verstärkt auf Heiztechniken, die erneuerbare Energie verwenden, umstellen, bevor diese Technologie an anderen Standorten produziert wird. Die heimische Produktion konzentriert sich nach Angaben von Betriebsräten immer noch stark auf Brennwerttechnik. Solarthermie, Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen auf Basis von Erdwärme oder Biomassekessel würden zwar von ihren Unternehmen als zukünftige Kernprodukte angesehen. Teilweise sei jedoch noch ganz offen, ob die Produktion nach Deutschland kommt. Zur Zeit hätten Unternehmen, die sich als Vollanbieter verstehen würden, zwar alle Heizsysteme im Angebot, sie würden diese aber nicht notwendigerweise in Deutschland herstellen. Sie würden von Fremdfirmen zukaufen oder hätten unternehmenseigene Produktionsstätten im Ausland, die den Standort Deutschland beliefern würden.

Industriepolitische Herausforderungen

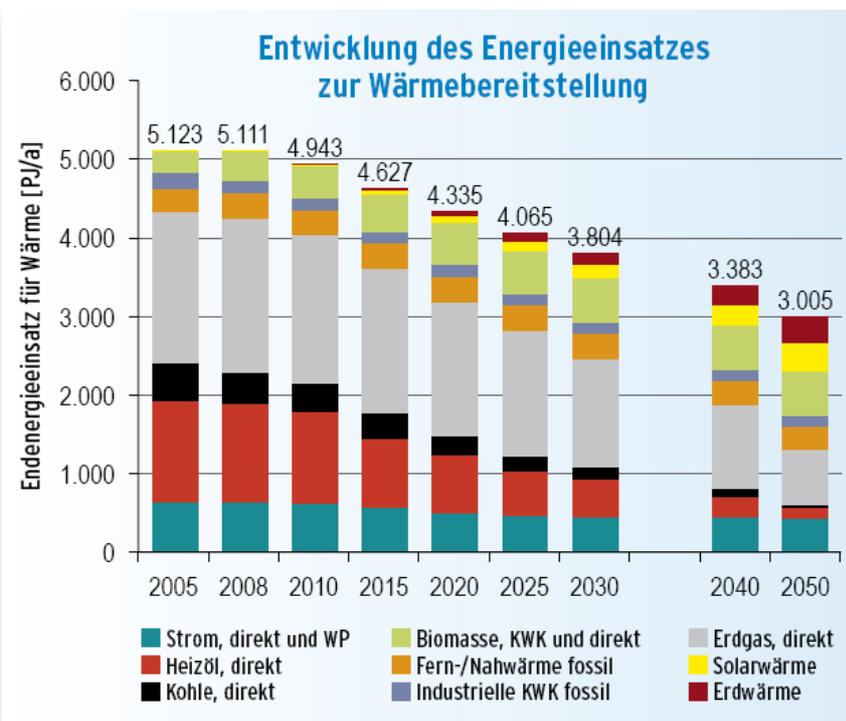
Nötige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Wandels in der Heizungsindustrie

Das Ziel der Politik – die Förderung des Umstiegs auf klimagerechte Heizungen – ist richtig. Die Maßnahmen reichen jedoch nicht aus. Um das Ziel zu erreichen, müssen vermehrt energieeffiziente Heizsysteme, die erneuerbare Energiequellen zum Heizen nutzen, zum Einsatz kommen. Gleichzeitig muss mit Hilfe von Dämm- und Lüftungstechnik der zum Heizen benötigte Energieverbrauch sinken. Das bedeutet aber, dass zukünftige Heizungen andere Anforderungen erfüllen müssen als heute: Die Wärmeerzeuger müssen weniger Energie liefern, weil sich die Dämmung der Wohnräume weiter verbessern wird, Lüftungstechnik vermehrt zum Einsatz kommen wird und die Abwärme von anderen Haushaltsgeräten zur Wohnraum-

erwärmung verstärkt mit genutzt werden wird. Sie müssen aber dafür flexibel schwankende Restbedarfe an Wärme decken können.

Damit wird die Nachfrage der Verbraucher nach abgestimmten Paketen aus Dämmtechnik, Lüftungstechnik und Heizung steigen. Regelungstechniken, die die verschiedenen Wärmequellen in Abstimmung miteinander bringen, werden nötig.

Zum Zuge wird langfristig vor allem derjenige kommen, der ein solches Komplettpaket anbieten kann. Dafür sind Kooperationen mit Architekten, Handwerkern und Unternehmen an-



Quelle: BMU; Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland,

derer Branchen wie Hersteller von Dämmsystemen und Regeltechnik nötig, dazu gehören auch innovative energieeffiziente Heizungen, die zudem preisgünstig in der Anschaffung sind, die erforderliche Qualität bieten und geringe Betriebskosten haben.

Damit der Strukturwandel von den hier ansässigen Unternehmen nicht verschlafen wird, muss die Politik dringend die richtigen Weichen stellen. Mit Steuervergünstigungen und mehr Abschreibungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung ist es nicht getan. Nötig ist vor allem, dass der Markt für energieeffiziente Heiztechnik wächst. Der Investitionsstau bei der Sanierung von Altbauten muss dringend aufgelöst werden.

Die Nachfrage verbessern

▪ **Umverteilung von unten nach oben beenden**

Die Politik nutzt zwar schon heute eine ganze Bandbreite von Instrumenten von Informationsangeboten über Gesetze bis hin zu finanziellen Hilfen. Eine Basisvoraussetzung, damit ein größerer Markt für klimaeffiziente Heizungen entsteht und die Unternehmen auf die Produktion zukunftsfähiger Wärmeerzeuger umsteigen, nimmt sie jedoch nicht in Angriff. Viele staatliche Maßnahmen verpuffen, weil viele private Haushalte zu wenig Geld haben. Wer keine neue Heizung kaufen kann, weil dazu kein Geld da ist, erkundigt sich gar nicht erst nach finanziellen Förderprogrammen. Wie die Analyse gezeigt hat, ist die geringe Bereitschaft zu Investitionen in neue Heizungen auf den immer schmaler werdenden Geldbeutel der Verbraucher zurückzuführen. Wer wenig oder kein Geld hat, verschiebt große Geldausgaben wie die Anschaffung einer Heizung in die Zukunft. In diesem Zusammenhang setzt sich die IG Metall energisch für leistungsgerechtere Löhne ein. Sie fordert die Begrenzung der Leiharbeit sowie gesetzliche Mindestlöhne in tariffreien Bereichen.

▪ **Fördermittel für einkommensschwache Haushalte**

Die Erneuerung einer Heizung ist eine kostspielige Großinvestition für private Haushalte. Daher sollte geprüft werden, in wie weit der Investitionsstau durch zusätzliche finanzielle Hilfen für einkommensschwache Haushalte aufgelöst werden kann.

▪ **Ausbau der Fördermittel und Erhöhung von Abgaben für „Dreckschleudern“ prüfen**

Die bestehenden Förderprogramme sollten ausgebaut werden, damit klimaeffiziente Heiztechniken sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb günstiger werden als Heiztechnik auf Basis fossiler Energieträger. Nur so erhalten Unternehmen genügend Antrieb, ihre Produktionsprogramme zukunftsfähig umzubauen.

Deutscher Bundestag kürzt Förderung für erneuerbare Energien im Wärmemarkt

In Folge der klammen Haushaltslage wurden die Anreizprogramme für Solarkollektoren, Pellet-Öfen und Wärmepumpen in Altbauten im Mai 2010 mit einem Förderstoff belegt. Betroffen ist auch die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Mini-KWK) und Klimaschutzprojekte der Kommunen. Obwohl in 2009 viele Anträge nach Investitionszuschüssen gestellt wurden, das Programm also offensichtlich ein Erfolg war, gibt es jetzt zumindest erstmal keine Gelder mehr. Lediglich Kredite der KfW sind auch in Zukunft erhältlich. Dass Klimapolitik ein Spielball des Finanzministeriums gegen den ausdrücklichen Willen des Umweltministeriums wird, darf nicht ein zweites Mal geschehen.

Ein denkbarer Ansatzpunkt, den Investitionsstau zu beseitigen, könnte auch sein, den Betrieb von Wärmeerzeugern, der bestimmte Emissionsgrenzwerte übersteigt, mit einer Sonderabgabe zu belegen. Wärmeerzeuger könnten wie Kraftfahrzeuge in Emissionsklassen unterteilt werden. Eine Umweltabgabe könnte sich nach der Klasse richten. Finanzielle Härten

für Geringverdiener müssten dabei unbedingt mit Hilfe von Förderprogrammen ausgeschlossen werden.

- **Anforderungen an Heizungen und Gebäude verschärfen**

Eine andere Möglichkeit, den Investitionsstau zu beseitigen, könnte sein, für Altbauten sukzessive Passivstandards vorzuschreiben. Auch diese Zwangsmaßnahme müsste jedoch zwingend mit zusätzlichen Fördergeldern für einkommensschwache Haushalte begleitet werden.

- **Investitionsstau durch geringen Nutzen von Investitionen für Vermieter**

Um den Investitionsstau in Mietwohnungen aufzuheben, sollte überlegt werden, die gesetzlichen Regelungen zu überarbeiten. Aufgrund der heutigen Gesetzeslage sind für Vermieter Investitionen in neue Heizungen nicht attraktiv. Denn sie haben Probleme, ihre Investitionskosten auf die Mieter umzulegen. Nur bei einer Neubelegung der Wohnung kann der Vermieter mit moderner Heiztechnik punkten, denn die Nebenkosten sind niedriger als bei Wohnungen, die nicht ausreichend gedämmt sind und die keine energieeffiziente Wärmeerzeuger haben.

- **Bewusstseinswandel**

Veraltete Heiztechnik muss in der Öffentlichkeit verpönt sein. Wer seine Wohnung und sein Wasser mit einer Heizung wärmt, die nicht energieeffizient ist und unnötig viel CO₂ frei setzt, sollte ein schlechtes Gewissen haben. Hieran müssen Politiker und Interessensvertreter aller Ebenen arbeiten.

Das Angebot beeinflussen

- **Mitbestimmung ausbauen**

Der Staat kann Innovationen der Unternehmen fördern, indem die Mitbestimmungsmöglichkeit der Beschäftigten verbessert werden. Fachseminare mit Betriebsräten der Heizungsbranche zeigen, dass die Beschäftigten Ideen zur Verbesserung von Produktion und Arbeitsprozessen haben. Diese werden aber nicht von den Vorgesetzten aufgenommen. Deshalb fordert die IG Metall erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Wissen ist eine Voraussetzung für Innovationsfähigkeit. Daher sollten Mitarbeiter regelmäßig weitergebildet werden. Weil jeder Einzelne seine Wissenslücken am besten kennt, sollte die Mitsprachemöglichkeit bei Weiterbildungsmaßnahmen ausgedehnt werden.

- **FuE für Unternehmen attraktiver machen**

Die Unternehmen fordern, die Absetzbarkeit von FuE-Aufwendungen zu verbessern. Andernfalls könne Deutschland als Forschungsstandort mit dem Ausland nicht mithalten. Grundsätzlich ist es sinnvoll, FuE-Aufwendungen zu fördern. Ob sie jedoch dazu beitragen, Arbeitsplätze im Inland zu sichern, oder nur vom Unternehmen mitgenommen werden, ist fraglich. Betriebsräte aus der Branche halten die verbesserte Förderung von FuE-Aufwendungen nicht für geeignet, um die inländische Beschäftigung zu sichern. Sie haben den Verdacht, dass die zusätzliche FuE-Absetzbarkeit ein unnötiges Geschenk an Unternehmen ist. Die Steuergelder der privaten Haushalte sollten aus ihrer Sicht nicht an Unternehmen verschenkt werden, ohne dass sicher gestellt ist, dass sie tatsächlich der Sicherung von Arbeitsplätzen dienen. In der IG Metall wird zur Zeit darüber beraten, wie einerseits Forschung und Entwicklung gefördert werden kann, ohne dass es zu Mitnahmeeffekten kommt. Forschungsintensität in den Unterneh-

men soll gefördert werden. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sollen davon profitieren.

- **Ressourceneffiziente Produktion**

Ressourceneffizienz ist heute in aller Munde. Trotzdem sollte der Staat weiter dafür werben, dass Unternehmen nicht nur ressourceneffiziente Produkte auf den Markt bringen, sondern auch selber ressourceneffizient produzieren, um so Wettbewerbsvorteile gegenüber Konkurrenten zu haben. Die IG Metall beteiligt sich deshalb an entsprechenden Projekten, in die auch Betriebsräte eingebunden werden.

